

Aus dem Gemeinderat Sitzung vom 19. September 2018

(Gemäß Entscheidung des Gemeinderates in der Sitzung am 22.03.2006 erfolgt die Berichterstattung aus Gemeinderatssitzungen erst nach der Genehmigung des Protokolls durch die Urkundspersonen.)

TOP 1 – Benennung der Urkundspersonen

Auf Vorschlag der Verwaltung benennt der Gemeinderat einstimmig und ohne Aussprache Frau GRätin Silvia Freifrau von Bettendorff und GR Ralf Baumeister zu Urkundspersonen für diese Sitzung.

TOP 2 – Fragen und Anregungen aus der Bürgerschaft

Von der Möglichkeit Fragen zu stellen und Anregungen zu geben wurde seitens der Bürgerschaft kein Gebrauch gemacht.

TOP 3 – Kenntnisgabe der Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen (Nr. 6/2018) vom 11.04.2018, (Nr. 8/2018) vom 23.05.2018, (Nr. 9/2018) vom 13.06.2018 und (Nr. 10/2018) vom 18.07.2018

BM Förster erklärt hierzu, dass bereits vor der Sommerpause zugesagt wurde, dass die Verwaltung bis zur heutigen Sitzung alle noch ausstehenden Protokolle fertigen und diese nun in der kommenden Ausgabe der Rathaus-Rundschau und auf der Homepage der Gemeinde entsprechend veröffentlichen werde.

Dem Gemeinderat werden die Niederschriften über die Gemeinderatssitzungen (Nr. 6/2018) vom 11.04.2018, (Nr. 8/2018) vom 23.05.2018, (Nr. 9/2018) vom 13.06.2018 und (Nr. 10/2018) vom 18.07.2018 zur Kenntnis gegeben. Änderungs- und/oder Ergänzungswünsche werden nicht erhoben. Die Niederschriften werden einstimmig genehmigt.

TOP 4 – Bekanntgabe nichtöffentlicher Beschlüsse aus der Sitzung vom 18.07.2018

BM Förster teilt zu TOP 16 (Fröbelkindergarten) mit, dass sich der Gemeinderat bei seiner letzten Sitzung vor der Sommerpause mit der Finanzierung des erweiterten Fröbel Kindergartens bzw. dessen künftigen Angebotsformen befasst hat. Es sollen künftig 5 Krippengruppen und 5 Kindergartengruppen in der Mischform VÖ/GT eingerichtet werden.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

TOP 5 – S-Bahn Rhein-Neckar, 2. Ausbaustufe - Kostenbeteiligung der Gemeinde Nußloch

BM Förster begrüßt zu diesem Tagesordnungspunkt Herr Schäfer, Herr Brümmel, Herr Batze und Frau Schmitt recht herzlich und erteilt ihnen das Wort. Die verwendete PowerPoint-Präsentation wird Bestandteil der Niederschrift.

Herr Schäfer, Arbeitsdienstleiter für die Bauausführung in Karlsruhe und Gesamtprojektleiter der 2. Ausbaustufe S-Bahn Rhein-Neckar, zeigt zunächst auf, welchen Erfolg die S-Bahn seit der Inbetriebnahme zu verzeichnen hat. Die Prognose der Haltestation St. Ilgen/Sandhausen belief sich vor der Inbetriebnahme auf 1.100 Kunden täglich. Gestartet ist die Haltestelle letztendlich direkt mit 1.600 Fahrgästen pro Tag, sieben Jahre später nutzten 4.700 Kunden täglich die Haltestelle und nun habe sich die Zahl der Fahrgäste bei 4.900 eingependelt. **Herr Schäfer** begründet die konstante und derzeit nicht weiter steigende Kundenzahl damit, dass der Komfort im Augenblick etwas leide, da die Wagons nahezu voll ausgelastet sind. Dies nennt er als Hauptgrund für die geplante und zu realisierende Maßnahme.

Herr Brümmel, Projektleiter für alle 7 Stationsprojekte zwischen Heidelberg und Bruchsal, erläutert anhand des Lageplans, dass auf der Haltestellenseite Sandhausen der Bahnsteig halbseitig (ein Teil nach Norden, ein anderer Teil nach Süden) verlängert werde, ebenso sei eine Zuwegung zum zukünftigen Bahnsteig zur vorhandenen P+R Anlage geplant. Auf der Zustiegsseite St. Ilgen sei eine Verlängerung komplett nach Süden sowie eine Treppenanlage zur dort seitens der Stadt Leimen geplanten P+R Anlage angedacht, sodass eine optimale Erschließung des Bahnsteigs vorhanden wäre. **Herr Brümmel** führt weiter aus, dass der Planfeststellungsbeschluss seit Anfang Juni diesen Jahres vorliegt. Ein Problem ist allerdings, dass im Rahmen der Planungen Eidechsen gefunden wurden, für die vorab bereits Habitate angelegt werden mussten, um den naturschutzrechtlichen Auflagen gerecht zu werden. Die Bauphase erstrecke sich in zwei Bauabschnitte, wofür die im Baufeld befindlichen Signalanlagen ausschlaggebend sind. Geplant sei, die Signalanlagen Anfang Januar 2019 entsprechend zu versetzen, sodass Mitte 2019 mit den Hauptbaumaßnahmen (Gründung der Bahnsteige, Ausstattung etc.) begonnen werden könne, so **Herr Brümmel**. Es wird von einer zügigen Bauphase ausgegangen, sodass die Inbetriebnahme für Ende 2019 angedacht ist.

Herr Schäfer erklärt, dass es sich um ein zweigestuftes Finanzierungsprogramm des Bundes (GVFG) handle, womit die Maßnahme realisiert werde. Zunächst müsse eine Programmaufnahme erfolgen ehe ein Antrag für die Einzelmaßnahme gestellt werden könne. Die Projektgruppe sei nun soweit, dass eine Programmaufnahme beantragt wurde, habe aber während des Prüfprozesses festgestellt, dass es zwischenzeitlich zu Kostenerhöhungen gekommen ist, wie generell in der gesamten Baubranche festzustellen ist, so **Herr Schäfer** weiter. Das Eisenbahnbundesamt habe nun die Möglichkeit gegeben, die Unterlagen nochmals nachzuarbeiten, was derzeit durch die Projektgruppe erfolge. Hierdurch soll gewährleistet werden, dass der gesteckte Kostenrahmen etwas größer ist und nicht gleich zu Beginn der Maßnahme überschritten wird. Die Folge wäre dann eine erneute Antragstellung. Die Prüfung des Antrags erfolge u. a. beim Eisenbahnbundesamt und dauere i. d. R. bis zu sechs Monaten. Sobald die Programmaufnahme erfolgt sei, werde der Antrag auf Zuwendungsbescheid gestellt, welcher im Detail auf die einzelne Maßnahme bezogen ist und nur beim Eisenbahnbundesamt zu stellen ist. Die Bearbeitung beim Eisenbahnbundesamt wird nochmals ca. drei Monate in Anspruch nehmen. Damit nicht zuwendungsschädlich gehandelt wird, habe die Projektgruppe vorab eine Unbedenklichkeitsbescheinigung beantragt, welche auch bereits vorlege, sodass ein vorzeitiger Baubeginn möglich ist.

Herr Brümmel erklärt, dass der Hauptgrund der heutigen Vorstellung das Submissionsergebnis der Ausschreibung der Hauptbauleistung ist, welches deutlich von den

Zahlen der Entwurfsplanung aus dem Jahr 2014 abweicht. Aufgegliedert sei die Entwurfsplanung in zuwendungsfähige und nicht zuwendungsfähige Kosten, wobei es sich bei den nicht zuwendungsfähigen Kosten z. B. um das Abtragen von kontaminiertem Boden handelt. Weiter zeige die Planung den anteiligen Selbstbehalt, die Planungskosten sowie schlussendlich die Summe der Gesamtkosten auf. Der damals angenommene Anteil der Gemeinde Nußloch belief sich auf 26.805 €. Aufgrund der schockierenden Submissionsergebnisse mit einer 100%igen Kostensteigerung sei der Anteil der Gemeinde Nußloch auf 43.652 € angestiegen.

Herr Batze vom Verkehrsverbund Rhein-Neckar erläutert in diesem Zusammenhang, dass sich diese Kostensteigerung im gesamten Bundesgebiet zeige. Diese Erkenntnis ergebe sich auch durch den ständigen Austausch mit anderen Aufgabenträgern im Bundesland mit hoher Bautätigkeit auf den Schienen, sodass nicht davon auszugehen ist, dass sich diese Kostensteigerung nur auf den Haltepunkt St. Ilgen/Sandhausen erstreckt. Es sei davon auszugehen, dass dies nicht nur im gegenwärtigen Zeitpunkt sondern auch in den nächsten Jahren aufgrund der Hochkonjunktur so weitergehen werde.

BM Förster bestätigt diese Aussage, da beispielsweise eine kürzlich durchgeführte Maßnahme des Abwasserzweckverbandes deutlich über den angenommenen Kosten lag.

Herr Batze berichtet weiter, dass aufgrund der aktuellen Konjunkturphase teilweise keine Angebote durch Firmen abgegeben werden und infolgedessen geplante Maßnahmen gar nicht durchgeführt werden können.

Frau Schmitt vom Landratsamt Rhein-Neckar-Kreis, Bereich Nahverkehr, erläutert, dass bei dem Kostenanteil der Gemeinde Nußloch bereits die Investitionsförderung des Rhein-Neckar-Kreises mit 50 % in Abzug gebracht wurde, sodass es sich bei dem vorgenannten Betrag um den endgültig bei der Gemeinde verbleibenden Finanzierungsanteil handelt.

Herr Schäfer erklärt, dass es bei diesem Projekt einige wenige Risiken bestünden, auf die er hinweisen möchte. Zum einen sei die Finanzierung, wie eingangs erwähnt, noch nicht ganz in trockenen Tüchern, wobei bereits viele Sachverhalte abgestimmt seien, der Zuwendungsbescheid aber eben noch nicht vorliege. Es könne daher sein, dass sich noch der ein oder andere Betrag an nicht zuwendungsfähigen Kosten ergebe, wobei bereits ein Puffer für Nachträge von 20 % bei der aktuellen Kostenzusammenstellung für solche Fälle mit eingerechnet wurde, welcher auf Erfahrungswerte von abgeschlossenen Maßnahmen beruht. Ein weiteres Problem, so **Herr Schäfer**, sei, dass fünf Stationen auf dem Streckenast noch nicht vergeben sind, wobei bereits für zwei Maßnahmen Angebote vorlägen. Sollten für die übrigen drei Projekte keine Angebote vorgelegt werden, müsse man sich über das Betriebskonzept nochmals unterhalten. Beispielsweise wäre dann zu überlegen, ob bei diesen drei Stationen künftig durchgefahen werden müsse.

Intern wurde, so **Herr Brümmel**, eine Bindefristverlängerung für die vorliegenden Angebote beantragt, welche am 28.09.2018 ende. D.h. bis zu diesem Zeitpunkt müsse definitiv ein Zuschlag erteilt werden. Wäre dies nicht der Fall, liege das nächste freie Baufenster erst im Jahr 2020. Durch eine Neuausschreibung würde sich an den

Zahlen nichts ändern, da es eine hohe Auftragslage seitens der Deutschen Bahn (DB) gäbe.

BM Förster bedankt sich für den Sachvortrag und gibt zu bedenken, dass zwischen der Vorstudie mit 19.000 € für die Gemeinde Nußloch und dem Projektbeginn mit fast 43.000 € immerhin 10 Jahre lägen und die Baukostensteigerung von Seiten der Gemeinde nachvollzogen werden könne.

GRätin Veits möchte in Erfahrung bringen, ob nach Fertigstellung der Maßnahme dann auch definitiv längere Züge bei diesem Streckenabschnitt zum Einsatz kommen können. **Herr Schäfer** erklärt hierzu, dass dies auch ein großer Wunsch vonseiten des Landes wäre und hier definitiv mit Dreifach-Zügen künftig gefahren werden würde. Dies könne eventuell bereits ab September 2019 erfolgen, da bei einem parallel verlaufenden Streckenabschnitt Mannheim – Graben Neudorf – Karlsruhe ab September gebaut werde und hier zu erwarten sei, dass die Fahrgäste dann auf diese Strecke ausweichen werden.

GR Röser bedankt sich für den Vortrag und erklärt, dass die CDU-Fraktion der Erfolgsgeschichte der S-Bahn Rhein-Neckar nicht entgegenstehen wird und damit dem Beschlussvorschlag zustimmt, auch wenn das Ergebnis der Submission erschreckend sei.

GRätin Veits bedankt sich ebenfalls bei den Rednern und findet es gut, dass die Erfahrungen der letzten Monate direkt im Gemeinderat vorgestellt und nicht nur auf dem Papier dargestellt wurden. Die Gemeinde Nußloch sei von diesem Projekt nicht direkt betroffen, allerdings findet sie dieses durch die gut genutzte Busverbindung Nußloch/St. Ilgen sinnvoll. Vor allem der behindertengerechte Ausbau und der verlängerte Zug macht das Zufahren für die Kunden angenehmer. Daher stimmt die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen der Maßnahme zu und hofft darauf, dass diese auch umgesetzt werden kann.

GR Dr. Neuweiler bedankt sich ebenfalls für die Präsentation und findet es sehr erfreulich, wie gut die S-Bahn genutzt wird. Die präsentierten Zahlen im Bereich der Fahrgäste haben deutlich die Erwartungen übertroffen und fordern dementsprechend auch Investitionen. Es sei positiv, dass das Nahverkehrssystem weiterhin ausgebaut wird nachdem der PKW-Verkehr beinahe kollabiere. Von Seiten der FWV-Fraktion wird dem Beschlussvorschlag daher zugestimmt. **GR Dr. Neuweiler** möchte noch in Erfahrung bringen, welche Auswirkungen die Baumaßnahme auf den Bahnverkehr hat.

Herr Brümmel erklärt hierzu, dass primär in den Nachtstunden gebaut wird, wobei hier nur der Güterverkehr auf den Strecken sei, sodass der tägliche Bahnverkehr keine Einschränkungen verspüren sollte.

Für die SPD-Fraktion bedankt sich **GRätin Wenz** herzlich für den Sachvortrag. Wie bereits erwähnt, sei es erschreckend, die Preissteigerungen mitzubekommen. Sie hoffe daher, dass mit dem eingerechneten Puffer dann auch die tatsächlichen Kosten gedeckt werden können. Die SPD-Fraktion stimme dem Beschlussvorschlag zu. **GRätin Wenz** erkundigt sich zusätzlich bzgl. der Barrierefreiheit.

Herr Bümmel führt hierzu aus, dass die Barrierefreiheit schon immer eines der wichtigsten Themen beim S-Bahn Projekt war und dies bereits Ausbaustandard bei der Haltestelle St. Ilgen/Sandhausen sei.

GR Baumeister schließt sich dem Dank seiner Vorredner an und kann sich gut vorstellen, dass die Präsentation in den anderen Kommunen nicht ganz so glimpflich aufgefasst wird, wie hier in Nußloch, da die Gemeinde im Gegensatz zu den Nachbarkommunen nicht direkt betroffen ist und dadurch prozentual einen kleineren Anteil zu leisten hat, auch wenn die Kostensteigerung immens sei. **GR Baumeister** stellt in den Raum, dass die Busverbindung von Nußloch nach St. Ilgen im Zusammenhang mit der Baumaßnahme und des künftig besser ausgebauten Streckenabschnitts eventuell nochmal in Augenschein genommen werden sollte, da die Haltestation St. Ilgen/Sandhausen ausgiebig von Nußlocher Bürgern genutzt werde. **GR Baumeister** bestätigt, dass die Kostensteigerung aus der Vorstudie (2008) sowie für die Planungen 2011 und 2016 auf die Konjunktur zurückzuführen ist. Die immense Kostensteigerung von 2016 bis zur aktuellen Planung sei laut ihm jedoch nur schwer einzig auf die angespannte Lage in der Baubranche zu schieben. Für ihn erweckt es vielmehr den Eindruck, dass die Planzahlen 2016 eher mit „sehr spitzer Feder“ kalkuliert worden seien.

Frau Schmitt führt hierzu aus, dass die Entwurfsplanung 2016 die Beschlussfassung von Kreis und Gemeinden war. Zuvor liefen die Verhandlungen zum Finanzierungs- und Realisierungsvertrag, wobei hier das große Ziel die Planungskosten auf 24 % der Baukosten zu deckeln gewesen wäre und auch erreicht worden sei. Durch die lange Verhandlungszeit ginge man verzögert in die Gremien und habe dort letztendlich den früheren Planungsstand der DB aus dem Jahr 2014 vorgestellt.

Herr Schäfer erklärt, dass die Firmen, die für die DB arbeiten, entsprechend qualifiziert sein müssen und dadurch sich der Bieterkreis deutlich verringere und sich dieser bedingt durch die hohe Anzahl an Maßnahmen hier im Südwesten nochmals einschränke.

BM Förster bedankt sich bei der Projektgruppe noch einmal abschließend für die ausführliche Darstellung des Sachverhalts.

Der Gemeinderat fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat beschließt den auf die Gemeinde Nußloch im Rahmen der ZRN-Sonderumlage entfallenden kommunalen Kostenanteil an dem Streckenabschnitt Heidelberg – Bruchsal zum aktualisierten Kostenstand August 2018 zu übernehmen.

TOP 6 – Jahresbericht Internationaler Bund Heidelberg (IB)

- Jugendarbeit

- Schulsozialarbeit

- Vorstellung Herr Boubrik (Flüchtlingsmanager)

Herr Grebesich, Internationaler Bund Heidelberg (IB), stellt anhand einer Präsentation, die Bestandteil dieser Niederschrift ist, den Jahresbericht 2017 für das Jugendzentrum („Lounge 226) Nußloch vor. **Herr Grebesich** ist nach wie vor mit einer Vollzeitstelle im Jugendzentrum tätig, außerdem waren im vergangenen Jahr zwei Honorarkräfte in Bereich der Mädchenarbeit tätig. Eine der beiden Honorarkräfte habe das Jugendzentrum zu Beginn des Monats September verlassen, da diese ins Referendariat gewechselt sei. Im September 2018 wurde ein Auszubildender zum Jugend- und Heimerzieher eingestellt, welcher an der heutigen Sitzung ebenfalls teilnimmt. Herr Roggenberger werde während seiner Ausbildung einmal wöchentlich im Ju-

gendzentrum Nußloch mitarbeiten. **Herr Grebesich** erklärt, dass er nach wie vor mit dem Standort des Jugendzentrums in Nußloch sehr zufrieden ist, da die Räumlichkeiten ideal zwischen dem „Ober- und Unterdorf“ liegen und die Wege hierdurch nie wirklich weit sind.

Anhand der Zahlen sei zu erkennen, dass sich die Besucherzahlen verringert hätten, so **Herr Grebesich**. Nach wie vor sei es so, dass der weibliche Anteil deutlich geringer ist als die Zahl der männlichen Nutzer, was jedoch in der offenen Jugendarbeit den normalen Trend widerspiegeln, da die Besucher ab einem gewissen Alter nicht mehr in den Jugendtreff kämen. Hier habe man aber bereits Maßnahmen ergriffen, um den Generationenwechsel einzuteilen. Im Gegensatz zu den Besucherzahlen im offenen Treff, werden die Zahlen der Beratungsgespräche nicht gezählt, weshalb man anmerken muss, so **Herr Grebesich** weiter, dass die Jugendlichen dem Jugendzentrum nicht ferngeblieben wären. Die Beratungsangebote, wie beispielsweise die Unterstützung bei Bewerbungsschreiben speziell zu Beginn des Jahres, nehmen deutlich mehr Zeit in Anspruch. Im vorletzten Jahr habe man noch 78 Beratungstermine geführt, inzwischen sei die Zahl auf 92 Beratungen gestiegen. Hier geht es nicht nur um Bewerbungen, sondern auch um soziale Anliegen wie zum Beispiel Anträge für Wohngeld, Halbwaisenrente und allem was mit der Vollendung des 18. Lebensjahres grundsätzlich so anstünde. **Herr Grebesich** führt weiter aus, dass er das Angebot auf die aktuellen Interessen der Jugendlichen angepasst habe. Es sei in der Küche umgeräumt worden, da die Jugendlichen viel kochen, wenn diese den Treff besuchen. Oftmals sei es aber auch so, dass Jugendliche, die sich zunächst für ein Projekt interessieren, dann doch wieder abspringen. Auch wenn es die aufgezeigten Zahlen nicht widerspiegeln sei das vergangene Jahr für das Jugendzentrum ein erfolgreiches Jahr gewesen. Gerade in den Sommerferien waren sehr hohe Besucherzahlen zu verzeichnen. Erfreulich sei auch, dass junge Geflüchtete inzwischen den Weg in das Jugendzentrum finden würden und hier eine erfolgreiche Integration stattfände. Abschließend erklärt **Herr Grebesich**, dass für die Zukunft angedacht sei, die Teilnahme am Gemeinwesen weiter zu verfestigen. So sei beispielsweise geplant, nicht nur beim Brunnenfest, sondern auch beim Benzenickelbazar, teilzunehmen.

BM Förster bedankt sich bei Herrn Grebesich für den ausführlichen Bericht über die Arbeit im Jugendzentrum Nußloch. Gleichzeitig begrüßt er Frau Cokovic und Frau Lockheimer von der Schulsozialarbeit, sowie Rektorin Weber von der Lindenschule und teilt mit, dass die Rektorin der Schillerschule, Frau Metzger, an der heutigen Sitzung leider nicht teilnehmen könne. Frau Cokovic wird aus persönlichen Gründen zum 30.09.2018 in der Lindenschule aufhören, über eine Nachfolge wurde jedoch bereits gesprochen, sodass voraussichtlich ein nahtloser Übergang gewährleistet werden kann. Frau Weber sei über die Schulsozialarbeit in der Lindenschule, welche es seit Dezember 2017 gebe, sehr glücklich, so **BM Förster**. Den beim Jugend Hearing nicht anwesenden Gemeinderäten teilt er mit, dass die Veranstaltung lediglich von vier Jugendlichen besucht wurde. Man möchte jedoch trotz der geringen Resonanz das Thema nicht beiseitelegen, vielmehr müsse man neue Wege gehen, speziell im Medienbereich. Ein neuer Anlauf werde definitiv gestartet.

Frau Lockheimer startet mit der Präsentation für die Schulsozialarbeit in der Schillerschule, welche ebenfalls Bestandteil dieser Niederschrift ist. Sie führt aus, dass man grundsätzlich sagen könne, dass die Schulsozialarbeit für alle gewinnbringend und bereichernd sei. Sowohl von der Lehrer- als auch von der Elternschaft gebe es

sehr positive Rückmeldungen. Auch zwischen der Rektorin, den Lehrern und Frau Lockheimer gebe es regelmäßige Gespräche und im Allgemeinen sei das Miteinander sehr angenehm. Als sehr positiv zeige sich die Lage des Raumes im Erdgeschoss, da hier alle mehrmals täglich vorbei laufen würden und sie somit aktiv am Schulgeschehen teilnehmen könne. Im vergangenen Schuljahr wurde eine Vorbereitungsklasse für Kinder mit wenig bis gar keinen Deutschkenntnissen eingerichtet. In dieser Klasse sei Frau Lockheimer in zwei Schulstunden wöchentlich tätig, da ein erhöhter Förderbedarf bestehe. Sie unterstütze die Familien der Kinder bei Behördengängen und Antragstellungen und vermittele Hortplätze. Den Kindern sei im Allgemeinen die Schulstruktur fremd, weshalb gerade hier die Schulsozialarbeit bei der Integration unterstützend tätig sein müsse. Beispielsweise ist hier die Integration in örtliche Vereine, der Besuch eines Wochenmarkts und der Gang auf einen Spielplatz Bestandteil der Arbeit. Im Schuljahr 2017/2018 haben insgesamt 264 Schüler die Schillerschule besucht, was eine Erhöhung der Schülerzahl im Vergleich zum Vorjahr um 15 Schüler bedeute, so **Frau Lockheimer** weiter. In den Aufgabengebieten gehe es primär um die Streitschlichtung/Gewaltprävention, das soziale Kompetenztraining, die Integration sowie die Stärkung des Klassenverbands. Schüler mit einem vermehrten Bewegungsdrang werden in Vereine oder in den Hort vermittelt. Bei der Streitschlichtung sei das Problem oftmals nach einem Gespräch geklärt. Einen großen Bereich stellen Einzelgespräche aufgrund von störendem und/oder aggressivem Verhalten oder die Verweigerung der Mitarbeit im Unterricht dar. Hier werden durch die Schulsozialarbeit Hilfestellungen für Schüler und Lehrer gegeben sowie Gespräche mit Eltern geführt. Im Allgemeinen sei die Elternarbeit ab den höheren Klassenstufen schwieriger. Dennoch werde die Schulsozialarbeit beispielsweise bei einem bevorstehenden Klassen- oder Schulwechsel aufgesucht und um Hilfe gebeten. Es wurden zwei Elterninformationsabende veranstaltet, wobei mit 23 Teilnehmern der Abend zum Thema „Umgang mit Medien“ deutlich besser besucht war als die Informationsveranstaltung zum Thema „AD(H)S“. Hier werde man, so **Frau Lockheimer**, weiter anknüpfen und individuelle, dem Bedarf angepasste, Informationsabende veranstalten. Im Bereich der Kindeswohlgefährdung habe man mit Hilfe der Lehrerschaft in zwei Fällen Schlimmeres verhindern können. **Frau Lockheimer** erklärt weiter, dass Mobbing bei den höheren Schulklassen öfter Thema sei, aber weitestgehend abgewendet werden könne. In der Netzwerkarbeit kämen im Bereich der Nachhilfe meist Ehrenamtliche zum Einsatz. Aber auch Behörden, Heime/Wohngruppen, das Jugendzentrum und die Vereine seien bei der Schulsozialarbeit unerlässliche Netzwerkpartner. Abschließend erklärt **Frau Lockheimer**, dass für das aktuelle Schuljahr gemeinsam mit dem Jugendzentrum ein Projekt mit den 4-Klässlern geplant sei. Gerade auch, um den Schülern das Jugendzentrum näherzubringen. Ebenfalls wichtig sei es, den Ausbau der Vereinskontakte und die Ressourcen in der Gemeinde zu nutzen und mit diesen zu arbeiten.

BM Förster bedankt sich bei Frau Lockheimer für den Vortrag und die geleistete Arbeit und übergibt sodann das Wort an Frau Cokovic.

Frau Cokovic erklärt zu Beginn ihrer Präsentation, welche Bestandteil dieser Niederschrift ist, dass die Schulsozialarbeit an der Lindenschule inhaltlich größtenteils identisch mit der Schulsozialarbeit an der Schillerschule ist. Am 16. April 2018 habe **Frau Cokovic** die Arbeit an der Lindenschule begonnen und wurde dort gut aufgenommen. Die Anwesenheitszeiten seien von Montag bis Donnerstag von 08:00 bis 13:00 Uhr und freitags von 08:00 bis 12:30 Uhr.

Frau Cokovic referiert über die Themen „Veränderung in der Schulsozialarbeit“, „Zusammenarbeit mit der Schule“, „Schülerschaft“ sowie „Aufgabengebiete in der Grundschule“ und gibt einen Ausblick in die künftigen Aufgabenschwerpunkte.

BM Förster dankt auch Frau Cokovic für ihren Vortrag und gibt das Wort an Herrn Boubrik, welcher seit Mai 2018 Herrn Koven-Sturm mit einer halben Stelle in der Flüchtlingsarbeit unterstützt.

Herr Boubrik erklärt, dass er seit vier Monaten in der Flüchtlingsunterkunft in der „Alten Bruchsaler Straße 1-3“ tätig ist und er alle in der Integrationsarbeit anfallenden Arbeiten erledige. Es sei zu erwähnen, dass die Fülle der Aufgaben es nicht zulasse, die Integrationsarbeit so auszuführen, wie es notwendig ist. Die Geflüchteten kämen mit sämtlichen Anliegen zu Herrn Koven-Sturm und ihm, die auch Telefonate mit verschiedensten Ämtern nach sich ziehen. Gerade heute hätte er innerhalb von 1,5 Stunden fünf Beratungsgespräche geführt.

BM Förster bedankt sich bei Herrn Boubrik für die Vorstellung seiner Arbeit. Er führt aus, dass die Einführung der 0,5 Stelle notwendig gewesen sei und diese sich bereits bezahlt gemacht habe und eröffnet sodann die Fragestunde.

GR Röser bedankt sich bei den Rednern für die ausführlichen Berichte. Es würde für die Präsentationen sprechen, dass mit den Sachvorträgen bereits alle Fragen, welche sich bei der Fraktionssitzung als offen erwiesen, bereits beantwortet seien. Besonders danken möchte er Herrn Grebesich dafür, dass das Problem der geringen Mädchen-Besucherzahl in den Abendstunden, welche sich nicht mehr trautes das Jugendzentrum bei Dunkelheit zu besuchen, gelöst werden konnte. Auch die CDU-Fraktion möchte in Sachen Jugendbeteiligung am Ball bleiben. Er erwähnt lobend, dass die vier Jugendlichen, die die Veranstaltung besucht hatten, durch das Jugendzentrum darauf aufmerksam gemacht worden seien. **GR Röser** findet es gut, dass es die Schulsozialarbeit inzwischen in beiden Schulen gibt. Er möchte jedoch in Erfahrung bringen, mit wie vielen Fällen/Einzelschicksalen es die Schulsozialarbeiterinnen jährlich zu tun haben.

Frau Lockheimer führt hierzu aus, dass sie alleine bei den Streitschlichtungen ca. 25 Fälle mit 137 Kindern zu verzeichnen hatte, wobei hier durchaus Doppelzählungen vorkommen können. Es gäbe Kinder, die bei mehreren Problemen involviert wären. Bei Streitschlichtungen in den höheren Klassenstufen waren es 16 Fälle und bei den Grundschulern habe sie sich 90 Fälle notiert.

GR Röser erklärt hierzu, dass die CDU-Fraktion deshalb an den Zahlen interessiert sei, da sich zu Beginn der Thematik „Einführung der Schulsozialarbeit“ in den ortsansässigen Schulen die Frage gestellt habe, ob und in welchem Ausmaß die Schulsozialarbeit notwendig ist. Man sehe nun jetzt allerdings qualitativ und auch quantitativ, dass sich die Einführung definitiv bewährt habe.

GRätin Veits schließt sich dem Dank ihres Vorredners an. Sie freue es, dass die Jugendlichen inzwischen viel Vertrauen in Herrn Grebesich haben und hierdurch die Beratungszahlen stetig steigen. So sei gewährleistet, dass den Jugendlichen bei Problemstellungen auch tatsächlich geholfen werden könne und es sich bei der Jugendarbeit nicht nur um ein reines Unterhaltungsprogramm handle. Sehr erfreulich sei auch, dass die jungen Geflüchteten inzwischen gut im Jugendzentrum integriert werden konnten. Weiter führt **GRätin Veits** aus, dass die Grünen-Fraktion es sehr befürworte, wenn demnächst eventuell auch wieder ein Jugendspielplatz oder auch

Partyraum eingerichtet werden könne und die Jugend hierbei entsprechend beteiligt werde. Zum Thema Schulsozialarbeit sei anzumerken, dass entgegen vieler Meinungen, die Einführung der Sozialarbeit auch in der Grundschule sehr sinnvoll war. Gerade die Einführung einer VKL-Klasse für die Geflüchteten, für die sich GR Katzmeier stark gemacht habe, sei eine sehr sinnvolle Sache.

Von Seiten der Freien Wähler-Fraktion bedankt sich **GRätin Terboven** herzlich für die informativen Vorträge und möchte betonen, dass die Einführung der Schulsozialarbeit in der Lindenschule der ausdrückliche Wunsch der Freien Wähler war. Sie freue sich auf die weitere gute Zusammenarbeit.

GR Molitor schließt sich dem Dank seiner Vorredner an und wünscht allen weiterhin viel Erfolg bei der Arbeit. Besonders bemerkenswert sei auch im Bereich der Schulsozialarbeit, dass nicht nur auf die Bedürfnisse der Schüler in der Schule, sondern auch Zuhause, in Form von Hausbesuchen, eingegangen werde. Dies bestärke die SPD-Fraktion darin, dass die Schulsozialarbeit weiter ausgebaut werden soll. **GR Molitor** erkundigt sich, welche Sprachen Herr Boubrik beherrscht.

Herr Boubrik antwortet, dass er Arabisch (alle Dialekte), Englisch, Französisch und Deutsch spricht.

GR Baumeister bedankt sich ebenfalls für die ausführliche Berichterstattung. Genau so habe sich die FDP/BfN-Fraktion die Arbeit in diesen Bereichen vorgestellt. Die Gemeinde sei auf einem guten Stand was die Jugendsozialarbeit angeht und habe auch mit der Beschäftigung von Herrn Boubrik den richtigen Weg eingeschlagen, damit die Kommunikation zwischen Verwaltung und den Geflüchteten besser ablaufe.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

TOP 7 – Friedhof Nußloch
- Informationen zum Thema Friedwald
- Alternative Bestattungsformen

BM Förster führt aus, dass seitens der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen eine Anfrage vorliege auf Nußlocher Gemarkung einen Friedwald einzurichten. Dies wurde mit dem Förster, Herrn Böning, entsprechend geprüft, wobei hierbei zwei Standorte etwas genauer betrachtet wurden. Diese Standorte sind jedoch aus Sicht des Revierleiters Böning nicht optimal, da diese in einem FFH-Schutzgebiet liegen. Diese Problematik schließe zwar grundsätzlich nicht die Einrichtung eines Friedwaldes aus, es gebe jedoch eine Checkliste, welche es deutlich erschwere, diese umzusetzen. Die Empfehlung der Verwaltung sei daher, die Einrichtung einer solchen Bestattungsmöglichkeit auf dem Gelände des Friedhofs vorzunehmen. BAL Leyk habe sich hierzu Gedanken gemacht die er nun vortragen werde.

BAL Leyk stellt anhand seines Sachvortrags und der Lagepläne die möglichen Alternativen Bestattungsformen auf dem Friedhof Nußloch vor. Zum einen wird seitens der Verwaltung die Erweiterung des Urnenstelenfeldes für das Haushaltsjahr 2019 angestrebt. Das Urnenstelenfeld soll demnach in südliche Richtung in gleicher Art und Weise erweitert werden. Hierbei soll auf den Brunnen aus Kostengründen verzichtet werden. Die zweite geplante Maßnahme sei die Erweiterung des Urnengrab-

feldes gegenüber den Urnenstelen, so **BAL Leyk**, welches bereits mit dem ersten Grab belegt wurde. Das Containerfeld im westlichen Bereich, Eingang Kraichgaustraße, wurde in Eigenregie durch den Bauhof angelegt. Es werden nun noch drei Mulden angeschafft, um das Feld auch nutzen zu können. Hierfür seien für das Haushaltsjahr 2018 Mittel eingestellt und die Anschaffung werde noch in diesem Jahr erfolgen.

GRätin Stegmaier möchte hierzu in Erfahrung bringen, ob durch die Einrichtung des Containerfeldes Parkplätze weggefallen sind.

Dies wird durch **BAL Leyk** verneint. Es wurde ein absenkbarer Poller angebracht. Wenn die Container geleert werden müssen, werde entsprechend rechtzeitig ausgeschildert. Die vierte Maßnahme sei ein sehr positiver Effekt, so **BAL Leyk**. Seit dem 01.09.2018 beschäftige die Gemeinde Nußloch einen Auszubildenden zum Gärtner, Fachrichtung Landschafts- und Gartenbau. Für diesen habe man im Bereich der Garagen bei der Burgstraße eine „Lehrbaustelle“ eingerichtet, welche durch das Regierungspräsidium positiv aufgenommen wurde. **BAL Leyk** führt zum Thema „Alternative Bestattungsformen“ das Beispiel der sog. „gärtnergepflegten Grabfelder“ auf. Der Trend gehe weg von einem Friedhof in Reih und Glied und entwickle sich vielmehr hin zu einer Parklandschaft. Hierfür können seitens der Gemeinde drei Standorte vorgeschlagen werden, welche er anhand der Pläne vorstellt.

GR Röser dankt BAL Leyk für den Sachvortrag. Entgegen der E-Mail von der CDU-Fraktion vom 04. Juli 2018, welche die Einrichtung eines Friedwaldes im Nußlocher Friedhof des im Lageplan mit „I“ gekennzeichneten Standorts beinhaltete, habe man sich bei der Fraktionsvorbesprechung vergangenen Montag auf den Vorschlag von GR Schuster dahingehend geeinigt, dass man den Bereich hinter der Waldkirche als mögliche Einrichtung eines Friedwaldes zur Diskussion stelle um dort einen klassischen Friedwald anzulegen. Durch die gegenüberliegenden Parkplätze bei der Grillhütte am Brunnenfeld würde man diese Voraussetzung erfüllen. Zum Thema Urnenstelenerweiterung möchte er für die Planung mit auf den Weg geben, dass man künftig die Stelen etwas enger setzt, die CDU-Fraktion jedoch grundsätzlich ein Fürsprecher für dieses Projekt sei. Die CDU-Fraktion lehne jedoch die gärtnergepflegten Felder kategorisch ab.

GRätin Veits möchte betonen, dass es vonseiten ihrer Fraktion bei dem Vorschlag der Einrichtung eines Friedwaldes nie um den Wald an sich, sondern um die Umsetzung auf dem Friedhofsgeländes ging, aber aufgrund der Diskussion im Gemeinderat dies zu prüfen gewesen sei. Die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen finde die Vorschläge der Verwaltung sehr schlüssig und spricht sich für das gärtnergepflegte Grabfelder sehr positiv aus, da auch sie die Entwicklung erkennen, dass die ursprüngliche Bestattungsform mit einem Tief- oder Doppelgrab immer mehr zurückgehe und die Bestattungsform mit Urnen sehr gut angenommen werde. Der Nußlocher Friedhof sei ein sehr schöner Friedhof mitten im Ort, den man schön gestalten solle und dies wäre durch die parkähnliche Anlage eine gute Möglichkeit. Die Fraktion könne sich vorstellen, mit einigen Bäumen im Areal „I“ die Einrichtung eines Friedwaldes umzusetzen. Für das „gärtnergepflegte Grabfeld“ wäre der langgezogene Bereich rechter Hand des Eingangs denkbar. Das der Sitzungsvorlage beigefügte Prospekt habe sie sehr angesprochen, so **GRätin Veits** und daher könne die Fraktion diesem Vorschlag der Verwaltung zustimmen. Es bestehe dennoch weiterhin der Wunsch, einen Ruhezain im Areal des Friedhofs einzurichten.

GR Dr. Neuweiler teilt mit, dass er für sich und GRätin Freifrau von Bettendorff spricht. Er führt aus, dass die Erweiterung des Urnenstelen- und des Urnengrabfeldes, die „Azubi-Baustelle“ sowie die Einrichtung der Gedenkstätte für Sternenkinder die volle Zustimmung erhalte. Sie möchten sich dem Vorschlag der Verwaltung und dem Rat des Revierförsters anschließen und den Wald „in Frieden lassen“ und somit die Bestattungsmöglichkeiten auf dem vorhandenen Friedhof belassen. **GR Dr. Neuweiler** und GRätin Freifrau von Bettendorff würden hierfür ebenfalls das Areal „I“ bevorzugen, wobei die Fragen der Gestaltungsmöglichkeiten sicherlich noch zu klären sind.

GRätin Stippich erklärt, dass die SPD-Fraktion die Möglichkeit der alternativen Bestattung auf dem Nußlocher Friedhof begrüße. Das Feld „I“ werde hierfür als geeignet angesehen. Dennoch könne sich die SPD-Fraktion noch nicht ganz von dem Gedanken eines Friedwaldes im Gemeindewald verabschieden und möchte daher vorschlagen, die von Revierförster Böning aufgezeigten Möglichkeiten aber auch das von GR Schuster vorgeschlagene Areal im Wald bei der im Oktober anstehenden Waldbegehung zu begutachten und erneut in die Prüfung einzusteigen. Eine Beschlussfassung könne danach erfolgen.

BM Förster befürwortet die Idee, dieses Thema bei der Waldbegehung aufzugreifen.

Auch **GR Baumeister** schließt sich seinen Vorrednern an. Für ihn sei vorstellbar, dass für 6-8 Urnenstelen vorgepflastert werde, sodass nach und nach Urnenstelen ohne größeren Aufwand gestellt werden können. **GR Baumeister** führt aus, dass die Idee, den Friedwald im Bereich der Waldkirche zu installieren, aus den Reihen der FDP/BfN käme und sei erstaunt bzw. erfreut, dass sich nun auch die CDU-Fraktion hierfür ausspreche. Bis gerade sei die Fraktion der Meinung gewesen, dass sich dies aufgrund der Ausführungen von Herrn Förster Böning nun mal nicht umsetzen ließe. Den Vorschlag der SPD, sich die möglichen Areale bei der Waldbegehung anzuschauen, halte er für sehr sinnvoll. Bei der Fraktionssitzung habe man sich dazu geeinigt, dass der Standort „I“ favorisiert werde, wenn eine Umsetzung im Wald nicht möglich ist.

BM Förster führt hierzu aus, dass es losgelöst von den momentanen Diskussionen klar sei, dass die Gemeinde alternative Bestattungsformen benötigt und sich hierfür der Standort „I“ am besten eignet. Ob es sich dann um einen Friedwald, ein gärtnergepflegtes Grabfeld oder um sonstige Bestattungsmöglichkeiten handelt könne man bei einem nächsten Schritt klären.

GRätin Terboven teilt mit, dass sie sich nicht den Ausführungen der Fraktionskollegen anschließen könne und befürwortet den von GR Schuster vorgeschlagenen Standort zur Einrichtung eines Friedwaldes im Bereich der Waldkirche. Dies habe sie selbst vor Jahren einmal vorgetragen, es kam jedoch nie zur Umsetzung. Ausschließlich dieser Standort sei ihre Option und daher bittet sie um eine getrennte Abstimmung.

BM Förster merkt an, dass für diesen Tagesordnungspunkt keine Beschlussfassung erfolge, sondern das Thema zunächst bei der Waldbegehung nochmals aufgegriffen werde und dankt für die Anregungen. Der Standort „I“ auf dem Friedhof werde jedoch auch von der Verwaltung genauer in Augenschein genommen.

GR Kazmaier möchte hierzu mitteilen, dass es zu der Bestattungsmöglichkeit im Wald inzwischen Vorbehalte gäbe, da sich die Bodenbeschaffenheit und die Struktur

der Erde zum Nachteil verändern würden, da das Material, was bei einer Waldbestattung der Erde zugeführt wird, nicht naturgerecht sei.

Der Gemeinderat stimmt der von BM Förster vorgetragene weiteren Vorgehensweise zu.

TOP 8 – Ruftaxi **- Ausweitung Maisbach**

BM Förster informiert, dass er in den vergangenen Bürgersprechstunden des Ötteren auf die unzureichenden Fahrtzeiten des Ruftaxis angesprochen worden sei, was auch GR Baumeister bei der letzten GR-Sitzung bereits angesprochen habe. Bisher wurden Fahrtzeiten lediglich an Werktagen in der Zeit von 08:30 bis 21:30 Uhr angeboten. **BM Förster** führt weiter aus, dass die Verwaltung mit dem Ruftaxi Spieß über die mögliche Ausweitung der Fahrtzeiten auch auf die Wochenenden und Feiertage gesprochen habe. Laut der Firma Spieß kämen auf die Gemeinde keine weiteren Kosten aufgrund einer Fahrtzeitausweitung zu, weshalb die Verwaltung den Vertrag mit dem Taxiunternehmen Spieß entsprechend abändern werde, sodass ab 01.11.2018 die Fahrzeiten werktags, an den Wochenenden und an Feiertagen ausgedehnt werden können.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

TOP 9 – Beschaffung einer Software für die Bauverwaltung und die Bauleitplanung

BM Förster erläutert anhand der Sitzungsvorlage, dass die Gemeinde ab 2020 dazu verpflichtet sei, sämtliche Bebauungspläne im Internet bereitzustellen. Dies sei der EU-Verordnung „INSPIRE“ geschuldet. Hierfür sei eine entsprechende Software notwendig. Mit solch einer Software könne man dann auch andere Bauverwaltungsthemen abarbeiten und diese auch den Bauantragsstellern digital zur Verfügung stellen. Für diese Software seien keine Haushaltsmittel eingestellt. Die EU-Verordnung mache dieses Thema nun jedoch unumgänglich. Die Angebote der Firmen wurden dem Gemeinderat nichtöffentlich bereits vorgestellt. Hiernach sei die Firma Kolibri der günstigste Anbieter mit einer Angebotssumme i. H. v. 11.412,10 € (brutto). **BM Förster** erklärt, dass die Software der Firma Kolibri bereits im Bereich der Liegenschaftsverwaltung für die Verarbeitung der Miet- und Pachteinahmen genutzt werde und man im Allgemeinen zufrieden sei.

Der Gemeinderat fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Beschaffung einer Software für die Bauverwaltung und die Bauleitplanung wird zugestimmt. Der Gemeinderat erteilt der Firma „Kolibri software & systems GmbH“ den entsprechenden Auftrag in Höhe von 11.412,10 Euro (brutto).

Die Mittel werden außerplanmäßig zur Verfügung gestellt.

TOP 10 – Hangsicherung Bortkelter - Information und Auftragsvergabe Planer

BM Förster erklärt anhand der Sitzungsvorlage den Sachverhalt und führt aus, dass die Gemeinde hier in der Hangsicherungspflicht stünde. Die Angebote wurden auch hier im nichtöffentlichen Sitzungsteil vorgelegt und die Mittel stehen bereits seit längerer Zeit im Haushalt bereit.

BAL Leyk ergänzt, dass die Hangsicherungspflicht auf Höhe der Grundstücke Bortkelter 8 bis 16 aufgrund des Eigentums an diesen der Gemeinde obliege. Bei der Felswand handle es sich um ein geschütztes Biotop, weshalb es entsprechende Anforderungen gebe, die es zu erfüllen gelte. Mit dem Ingenieurbüro Dr. Spang aus Esslingen habe man einen guten Partner gefunden, welches bereits eine Böschungsaufnahme mit Bericht vorgelegt hat. Seitens der Verwaltung wurde die Firma Dr. Spang bereits mit der Entwurfsplanung beauftragt. Diesen Erfolg würde die Verwaltung gerne weiterführen und die Firma demnach mit der Objekt – und Werksplanung der Phasen 4-8 mit örtlicher Bauüberwachung beauftragen.

Der Gemeinderat fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:

Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung dem Ingenieurbüro Dr. Spang - Ingenieurgesellschaft für Bauwesen, Geologie und Umwelttechnik mbH folgende Aufträge zu erteilen:

- 1. Hangsicherung Bortkelter – Planungsleistung für Genehmigungsplanung bis Bauoberleitung mit einer Auftragssumme von 25.216,59 Euro (brutto).**
- 2. Hangsicherung Bortkelter – Planungsleistung für örtliche Bauüberwachung mit einer Auftragssumme von 5.712,00 Euro (brutto).**

TOP 11 – Mitteilung über einen Umlaufbeschluss zum Datenserveraustausch

BM Förster erklärt zu diesem Tagesordnungspunkt, dass die Verwaltung den Weg des Umlaufbeschlusses gehen musste, da es erhebliche Probleme mit dem Datenserver gegeben hat und man kurz vor dem Totalausfall stand. Man musste zur Problembehebung kurzfristig eine Firma zur Unterstützung heranziehen. Im Rahmen der Frist habe man keine Einwendungen gegen den Umlaufbeschluss erhalten, sodass man die Firma mit dem Serveraustausch beauftragt habe.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

TOP 12 – Annahme von Spenden nach den Richtlinien vom 17. Mai 2006

BM Förster erklärt, dass die Gemeinde drei Einzelspenden i. H. v. insgesamt 1.150 € erhalten und der Gemeinderat über die Annahme dieser Spenden zu beschließen habe.

Der Gemeinderat fasst ohne weitere Aussprache folgenden einstimmigen Beschluss:

Die aufgeführten Spenden werden angenommen.

TOP 13 – Fragen und Anregungen aus der Mitte des Gemeinderates

TOP 13.1 – Einrichtung eines Matschspielplatzes

GR Röser bittet die Verwaltung, den Matschspielplatz im nächsten Frühjahr gemäß dem Beschluss im Verwaltungsausschuss zu installieren.

BM Förster erklärt hierzu, dass die Geräte für den Matschspielplatz bereits seit rund zwei Jahren im Bauhof gelagert werden. Er gibt jedoch auch zu bedenken, dass es bereits mehrfach die Beschwerden von Eltern gab, dass die Kinder dreckig vom Spielen nach Hause kamen.

TOP 13.2 – Parkplatz kath. Kirche

GRätin Stegmaier gibt das Anliegen von Frau Stapf weiter, welche sie an der Kerwe auf den schlechten Zustand des Parkplatzes an der kath. Kirche angesprochen habe. Hierzu informiert **BAL Leyk**, dass bereits drei Angebote eingeholt wurden und dieses Thema noch in diesem Jahr umgesetzt werden solle.

TOP 13.3 – Begrenzung der Redezeit

GRätin Terboven möchte anregen, künftig für Sachvorträge eine begrenzte Redezeit festzusetzen. Sie fand die Beiträge zur Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit ermüdend und lange.

BM Förster kann diese Aussage nicht nachvollziehen. Die Damen und Herren geben sich das ganze Jahr über sehr viel Mühe und haben dann auch das Recht ihre geleistete Arbeit entsprechend zu präsentieren.

TOP 13.4 – Schülerverkehr zwischen Nußloch und Maisbach

GR Schuster gibt zur Diskussion, ob man die Schüler, die am „Alten Berg“ und in der Straße „Rheinblick“ wohnen, nicht auch zukünftig i. R. der Schülerbeförderung die nach Maisbach fahre, mitnehmen könne.

BM Förster gibt hierzu zu bedenken, dass es mehrere Wohngebiete gebe, so z.B. das Neubaugebiet „Am Seidenweg“, wo diese Forderung ebenfalls gestellt werden könnte. Er sichert eine Prüfung zu.

GRätin Wenz möchte nochmals betonen, dass sie den Rednern zum Thema Jugendsozialarbeit und Schulsozialarbeit sehr gerne einmal jährlich die Gelegenheit geben möchte, ihre geleistete Arbeit zu präsentieren, auch wenn sich bei der Schulsozialarbeit die Themen an beiden Schulen überschneiden. Weiter führt sie aus, dass sie die Idee von GR Schuster befürworte, die Schüler die entlang der Strecke Richtung Maisbach wohnen, durch den Schülertransport mitzunehmen.

GRätin Veits schließt sich den Worten von GRätin Wenz an und möchte betonen, dass sie die Präsentationen über die Jugend- und Schulsozialarbeit im Gegensatz zu GRätin Terboven sehr interessant und kurzweilig fand.

TOP 14 – Mitteilungen des Bürgermeisters zu Anfragen aus vergangenen Sitzungen, Informationen und Bekanntgaben der Verwaltung

TOP 14.1 Wahl eines Personalrats

BM Förster teilt mit, dass es seit vergangener Woche wieder einen Personalrat in der Gemeinde gebe. Es wurden aus der Bewerberliste mit 10 Bewerbern zwei Damen und drei Herren gewählt, Vorsitzender sei der stellvertretende Kämmerer, Norman Urbanetz. Die erste Sitzung werde bereits Anfang Oktober stattfinden. **BM Förster** freut sich über die künftige Zusammenarbeit.

TOP 14.2 - Geburtstage

Abschließend gratuliert **BM Förster** GR Baumeister nachträglich recht herzlich, auch im Namen der Gemeindeverwaltung und des Gemeinderats, zu seinem Geburtstag im Juli.

Der Gemeinderat nimmt Kenntnis.

- Ende des öffentlichen Sitzungsteils um 20:59 Uhr-